

inhalt

Unser Wahlprogramm.	2
Parlamentarische Grundsätze der PdA Bern.	2
Abstinenz der PdA-Kandidatinnen von smartvote.	3
Unsere Kandidatinnen.	6
Erfolge für die PdA und ihre Bündnispartner bei den Waadtländer Kommunalwahlen.	7
Elektoraler Putschversuch der Opposition in Venezuela	7
Solidarität mit den Arbeiterinnen des Werks La Boillat	9

Editorial

Hier habt Ihr sie, die neue nixBravDa, die dritte Nummer unseres Rundbriefs. Wir stecken mitten im Grossratswahlkampf.

Das Hauptziel unserer Teilnahme ist die Stärkung der PdA. Der Wahlkampf bietet uns nach den Stadtratswahlen zum zweiten Mal eine gute Möglichkeit in der Stadt Bern - und teilweise darüber hinaus - bekannt zu machen, dass es die PdA gibt und was wir wollen.

Eine AG Wahlen hat sich gebildet und die inhaltliche und organisatorische Arbeit grösstenteils übernommen. An alle beteiligten Genossinnen und Genossen ein Dankeschön für die grossartige Arbeit! Die gemachten Erfahrungen wurden dokumentiert und werden uns sicher noch oft behilflich sein.

Kandidatinnen und Kandidaten wurden gesucht und dabei mit vielen Leuten Gespräche geführt, schon das hat uns neue Kontakte beschert und war somit ein erster Erfolg.

Auf unserer Liste wollten wir gleich viele Frauen wie Männer haben, das ist uns nicht gelungen, doch konnten wir den Frauenanteil an den Kandidierenden im Vergleich zur Stadtratswahl massiv

steigern, ebenso wie die Anzahl der Kandidierenden überhaupt. So kandidieren nun 19 Frauen und Männer auf der Liste der PdA in Bern, s. Seite 7, und ein weiterer Genosse im Wahlkreis Oberaargau auf einer SP und Gewerkschaften-Liste.

Die AG Wahlen hat auch ein Wahlprogramm vorgeschlagen, das wir einige Male diskutierten, bis es breite Zustimmung erreichte, das Endergebnis ist ebenfalls in dieser nixBravDa zu finden.

Wir wollten auch "auf die Strasse" und da Ende Dezember die Referenden gegen die Verschärfung von Asyl- und AusländerInnengesetz gestartet wurden, legten wir unsere vorgesehene kantonale Initiative zum Ausländerwahlrecht vorerst auf Eis und initiierten statt dessen ein Berner Komitee gegen Ausgrenzung und Behördenwillkür, das die Unterschriftensammlung für die Referenden organisierte. Ein herzlicher Dank geht an alle diejenigen, die sich unabhängig von Temperatur oder sonstigen Widrigkeiten mit Brett, Listen und Stiften ausgerüstet an den diversen Sammelaktionen beteiligt haben. Die erforderliche Anzahl Unterschriften wurde erreicht!

Auch unser Wahlmaterial wurde rechtzeitig fertig, Chrischis Design stiess überall auf breite Zustimmung und schmückte fortan alle unsere Stände, etliche Wahlplakatständer und die eine oder andere Mauer...

Wir führten eine erfolgreiche Frauentagsveranstaltung durch, an der wir über 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern den Film „Olga Benario – ein Leben für die Revolution“ präsentierten.

Doch der Wahlkampf ist noch nicht zu Ende. Am 18.3. waren wir erstmals mit einem Stand im Westen der Stadt haben, in Bümpliz.

Wie Ihr sicher durch die Presse erfahren habt, hat der Waadtländer Genosse und Nationalrat Josef Zisyadis seinen Wohnsitz von Lausanne in den Kanton Obwalden verlegt, um zusammen mit dort schon länger Stimmberechtigten Klage gegen das geänderte Steuergesetz zu führen. Wir haben daher am 21. März eine Wahlkampfveranstaltung mit ihm zu diesem Thema durchgeführt.

Ihr seht, Wahlen, ihr Stellenwert und ihre Möglichkeiten haben uns in den letzten Monaten schwer beschäftigt und so dreht sich auch in diesem Rundbrief alles um dieses Thema.

Viel Vergnügen beim Lesen, Nachdenken, ...

Unser Wahlprogramm: Demokratie statt Fremdbestimmung

ARBEIT: DEMOKRATISIERUNG STATT AUSBEUTUNG

★ Keine Abdrängung ordentlicher Beschäftigten in prekäre Arbeitsverhältnisse. Bekämpfung des Flexibilisierungsdrucks und des Stresses am Arbeitsplatz durch Einführung eines Existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohnes auf der Basis einer 30-Stunden-Woche. ★ Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Schaffung von Lehrstellen in öffentlichen Betrieben und durch Einführung eines Lehrstellenobligatoriums für mittlere und grosse Privatbetriebe. ★ Durchsetzung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit.

WIRTSCHAFT: DEMOKRATISIERUNG STATT PROFIT

★ Schluss mit der Politik der leeren Kassen und der Steuergeschenke an die Superreichen. Einheitlicher Steuersatz in allen Gemeinden des Kantons. ★ Ausbau des demokratisch kontrollierten Service public. Keine Privatisierung des Strommarkts, der Spitäler und anderer Betriebe im Bereich der öffentlichen Infrastruktur. Stilllegung des AKW Mühleberg. ★ Besteuerung der internationalen Finanzflüsse (Tobinsteuer).

GESCHLECHTER: DEMOKRATISIERUNG STATT DISKRIMINIERUNG

★ Durchsetzung der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern. Bevorzugung von Frauen bei Stellenbesetzungen bei gleicher Qualifikation. ★ Bedürfnisgerechte und kostenlose Tagesplätze für Kinder arbeitender Eltern. ★ Verhinderung häuslicher Gewalt durch den Ausbau spezialisierter Nothilfeorganisationen. Verbot des Betretens der Familienwohnung für gewalttätige Partner.

POLITIK: DEMOKRATISIERUNG STATT SPALTUNG

★ Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Politische Rechte für alle ab Ende der Schulpflicht durch Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 15 Jahre. ★ Ausbau der Grundrechte und solidarischer Widerstand zu ihrer Verteidigung gegen jeden Versuch, die Ausübung der Meinungsfreiheit durch Ausgrenzung, Einschüchterung und gewaltsame Unterdrückung zu erschweren. Keine Behördenwillkür und keine Ausgrenzung im Ausländer- und Asylrecht. ★ Keine militärische Zusammenarbeit mit der NATO und anderen Kriegstreiberinnen.

GESELLSCHAFT: DEMOKRATISIERUNG STATT AUSGRENZUNG

★ Leistungsfähiges öffentliches Gesundheitswesen mit gesamtarbeitsvertraglich geregelten Arbeitsverhältnissen. Verbesserung der Pflegebedingungen durch Aufstockung des Personals. ★ Beseitigung der Kopfprämie in der Krankenversicherung. Schaffung einer Einheitskrankenkasse mit Berechnung der Prämien nach Höhe des Einkommens und des Vermögens der Versicherten. ★ Stärkung der öffentlichen Schulen und Kampf gegen die Privatisierung der Bildung. Keine Schmälerung des Rechts auf Stipendien und keine Erhöhung der Schulgebühren.

KULTUR: DEMOKRATISIERUNG STATT MARKT

★ Schaffung und Unterhalt von Räumen und Infrastrukturen für kulturelle und sportliche Aktivitäten. ★ Achtung und Förderung der kulturellen Vielfalt. Kein kultureller Einheitsbrei nach US-Rezepten. ★ Keine Funktionalisierung von Forschung und Lehre für die Interessen der Konzerne, die ihre Kosten und Risiken auf die Allgemeinheit überwälzen wollen. ★ Klee für alle - Gras für den Rest.

Die PdA-Mitgliederversammlung vom August 2005 hat die nachfolgenden Bestimmungen genehmigt und zum verbindlichen Beschluss erhoben:

Parlamentarische Grundsätze der PdA Bern

I. Arbeit im Parlament

1 Im Ringen um ökonomische, politische und ideologische Positionen stellen wir den ausserparlamentarischen Kampf in den Vordergrund und versuchen ihn in der Weise voranzutreiben, die am besten geeignet ist, das Bewusstsein der Werktätigen für ihre Klassenlage zu wecken. Wir sind uns Klaren darüber, dass ein Parlament nur bei besonders günstiger Konstellation der Kräfte und nur in Verbindung mit ausserparlamentarischen Massenkämpfen ausnahmsweise auch selbst eine revolutionäre Rolle spielen kann.

2 Die Parlamentsarbeit dient uns zur Verbindung mit den werktätigen Massen. Wir benutzen die Parlamentstribüne hauptsächlich dazu, ★ das Wesen der bürgerlichen Herrschaft aufzudecken,

Analyse von smartvote

1. Abstinenz der PdA-Kandidatinnen von smartvote.

Viele PdA-Kandidierende sind an ihrem letzten Treffen nach Schluss gekommen, dass sie sich an der smartevote-Umfrage nicht beteiligen werden. Angesichts der Vielzahl der Probleme in Konzept und Umsetzung trauen sie der objektiven Aussagekraft der Auswertungen zu wenig. Abseits davon muss die propagandistische Wirkung einkalkuliert werden. Streckenweise ist der Fragebogen geeignet, bestimmte Vorurteile zu nähren und zu zementieren, welche das Bürgertum durch massiven Mitteleinsatz über all die Jahre und Jahrzehnte schon aufgebaut hat oder derzeit aufzubauen versucht. Durch eine verzerrte Modellierung und durch abwegige Fragestellungen wird den Wählenden ein unzutreffendes Bild der politischen Landkarte vermittelt. Den politisch unkundigen aber interessierten smartevote-BenützerInnen wird statt Klarheit eher Trübheit im Bewusstsein verschafft. Ihnen wird eine Nähe des eigenen Standpunkts zu den Positionen der neoliberalen politischen Kräfte vorgegaukelt.

2. Das smartvote-Konzept.

Das Konzept der smartvote-Fragebogen will die politische Landschaft in drei Dimensionen ausmessen, nämlich entlang der drei Konfliktachsen (die hier verwendeten Bezeichnungen entsprechen den firmeneigenen): siehe tabelle.

3. Unzulänglichkeit des Konzepts:

Die Pole soziale gegen „kompetitive“ Verteilung (dito soziale Wohlfahrt gegen „Eigenverantwortung“) kann nur ersinnen, wer die Klassegegensätze in ökonomischen Dingen als reine Verteilungsfrage erkennt, also die Produktion ausblendet, - und wer nebenbei die hier in Führungszeichen gesetzten Begriffe aus dem SVP-Vokabular ein Stück weit verinnerlicht hat. Auch die angeblichen Gegenpole konservativ gegen liberal können wir nicht anerkennen. Unsere Klassenbewegung entzieht sich diesem historischen Schema. Die Freiheit begann mit der Befreiung der Gefangenen in der Bastille. Trägerin der freiheitlich-demokratischen Ideen der französischen Revolution und des humanistische-aufklärerischen Erbes in der modernen Geschichte ist nicht die liberale Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse. Heute sehen wir viele „liberale“ nebst rotgrünen Kräften vereint mit Konservativen am Werk, um neue Maulkorbgesetze zu schmieden. Wir wissen den Wert der Freiheit zu schätzen. Unsere Genossen und Genossinnen sasssen auch lang genug in den Folterkellern der Welt, wo liberalere und konservativere Wachtablösungen im Schichtwechsel aufeinander folgten. Besonders problematisch ist die

- ★ die reaktionäre Politik der herrschenden Klassen zu entlarven und das Schwanken der kleinbürgerlichen Parteien zu brandmarken,
- ★ den Volksmassen ihre eigene Lage bewusster zu machen und
- ★ ihrem Kampf Ziel und Richtung zu geben.

3 An Parlamenten und Regierungen beteiligen wir uns nicht zur Vermeidung, sondern zur Entfesselung des Klassenkampfes. Jeder Sieg, auch die Eroberung der Staatsmacht, ist ein Stützpunkt für die intensiviertere Fortführung des weltumspannenden Kampfes für Frieden und Fortschritt der Völker.

II. MandatsträgerInnen

1 Parteimitglieder, welche in öffentliche Ämter gewählt werden, betätigen sich in der Ausübung ihres Amtes in Übereinstimmung mit der politischen Orientierung der PdA Bern. Sie haben die politische und moralische Pflicht, Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen und das Mandat jederzeit der Partei zur Verfügung zu halten.

2 MandatsträgerInnen sind verpflichtet, Meinungen und Kritiken der zuständigen Organe aufmerksam in ihre eigenen Überlegungen und Entscheidungen einzubeziehen, um die bestmögliche Gesamtwirkung aller kombinierten Anstrengungen der Partei zu erzielen.

3 Wer auf Vorschlag der Partei in ein öffentliches Amt gewählt wird, verpflichtet sich, in der Ausübung dieser Funktion alle Kräfte einzusetzen und breite Initiativen zu entfalten, um den Interessen der breitesten Volksmassen zu dienen, um die WählerInnen über die eigene institutionelle Tätigkeit zu informieren und um diese Tätigkeit mit der Arbeit in der Massenbewegung zu verbinden.

4 In öffentliche Ämter gewählte Parteimitglieder sind politisch der MV verantwortlich.

5 Durch die Ausübung eines Mandats soll dem gewählten Parteimitglied kein finanzieller Vor- oder Nachteil erwachsen.

6 MandatsträgerInnen hüten sich vor Personenkult, individualistischer Arbeitsweise, Unbescheidenheit, Überschätzung der eigenen Meinung gegenüber der Kollektivmeinung, Ausweichen vor der Rechenschaftsablegung, Autoritätsgehabe, Besserwisserei und Regententum. Sie unterstützen die Bemühungen der Partei hinsichtlich der Orientierung ihrer Mitglieder auf den Respekt des kollektiven Entscheids und auf die Wertschätzung des Studiums, des Mitdenkens und der Mitsprache jedes einzelnen Genossen und jeder einzelnen Genossin.

LINKS	RECHTS
Pazifismus	militärische Verteidigung
Grundhaltung zwischen den Polen	
soziale Verteilung	kompetitive Verteilung
autoritätskritische Kontrolle	autoritätsfreundliche Kontrolle
LIBERAL	KONSERVATIV
offen	geschlossen
Integration	Abgrenzung gegen Fremde
Reform	Bewahrung
Grundhaltung zwischen den Polen	
weltoffen	geschlossen
Reformvertrauen	Reformskepsis
OEKOLOGISCH	TECHNOKRATISCH
Diese dritte Dimension wird vorläufig auf der smartvote-Positionskarte noch nicht berücksichtigt	

Konstruktion einer Teilachse unter dem Titel Öffnung. Als „geschlossen“ gilt:

- ★ wer die demokratischen Errungenschaften der Landesgeschichte gegen Schmälereien durch internationale Vorschriften verteidigt;
- ★ wer die Errungenschaften der Lohnabhängigen gegen Maastricht-Haushaltsrichtlinien und Bolkestein verteidigt;
- ★ wer den einheimischen Produktivapparat und dessen Zukunft sichern will;
- ★ wer auch nur die Landwirtschaft gegen die Niederkonkurrierung durch Multis und Sklavenausbeuter schützen will;
- ★ wer nicht will, dass sich die Schweiz an der imperialistischen Unterdrückung durch die NATO beteiligt;

Sie alle werden damit als Ewiggestrige in die rechte Ecke gestellt. Nebenbei wird das internationale Kapital gewissermassen aus dem rechten Lager weggezaubert und lugt grinsend am gegenüberliegenden Pol hervor. Das Konstrukt einer Teilachse Law & Order weist ähnliche Mängel auf: Eine Bar-Angestellte, die sich nachts an der abgelegenen Bushaltestelle vermehrte Polizeipatrouillen wünschen würde, sieht sich dann leicht rechts angesiedelt.

4. Fragwürdiger Fragebogen:

Der smartvote-Fragekatalog ist im Detail bespickt mit unsachlichen, tendenziösen Formulierungen und Suggestivfragen. Zum Beleg genügen folgende Beispiele:

Aussen- und Sicherheitspolitik:

„1. ... weitere Verringerung der Militärausgaben?“ Ganz nebenbei und suggestiv wird der Gefragte informiert, dass bereits solche Kürzungen stattgefunden haben. Man nehme nun zum Vergleich die Frage: „Soll das Asylrecht verschärft werden?“ (im Abschnitt Migrations- und Ausländerpolitik). Wieso wird dort nicht von einer weiteren Verschärfung gesprochen? Oder warum fragt man nicht mit dem Wortlaut, der genauestens der Mehrheitsmeinung im Bundeshaus entspricht, nämlich: „Soll das Asylrecht immer wieder neu verschärft werden?“. Ferner Frage „5. ... bei bewaffneten friedenserhaltenden Einsätzen ... engagieren?“. Im neueren Jargon des Imperialismus spricht man von militärischen Besatzungsregimes als „friedenserhaltende Massnahmen“. Es handelt sich um die zweite, den „friedensstiftenden Massnahmen“ (lies: Eroberungskrieg) folgende Etappe, die ihrerseits abgelöst werden durch „friedenssichernde Massnahmen“ zum Aufbau eines Marionettenregimes aus Kräften des unterworfenen Landes. Zum suggestiven Ton passt das Wort „engagieren“.

Bildung und Forschung:

„3. ... Anteil der fremdsprachigen Kinder in ... Schulklassen begrenzt ... ?“. Was nun, wenn ein Eltern in einem Arbeiterquartier finden, alle Schulen sollten punkto Zusammensetzung der Lehrer- und Schülerschaft die gleichen Voraussetzungen haben, und Muri und Gümligen sollten sich quotenmässig an der aufwendigeren Erziehung von fremdsprachigen Kindern beteiligen. In den 1960er Jahren galt der quartierweise Ausgleich in

USA als fortschrittliches Mittel gegen die Rassen-diskriminierung.

Finanz und Steuerpolitik:

„2. ... Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden und Kantonen?“. Ebenda auch: „4. ... Steuersenkungsinitiative, die eine generelle Reduktion der Steuerbeträge um 10% verlangte, befürwortet?“. Solche Formulierungen bestärken bei den mittelmässig informierten BenützerInnen den Eindruck, den die Propaganda der SVP bereits hinterlassen hat. Einseitig wird damit die bürgerliche Finanzpolitik als Steuersenkungspolitik dargestellt, während alle Gegenkonti der Verbuchung von Steuersenkungen, vorweg die Erhöhung der Belastung mit kopfsteuerähnlichen Gebühren und Prämien, unterschlagen werden.

Gesellschaft, Kultur, Ethik:

„4. Soll Ihrer Meinung nach das Tragen von religiösen Symbolen (also beispielsweise Kopftücher, Kreuze und jüdische Kippahs) im Unterricht untersagt werden?“. Die Fragesteller geben hier also erstens Beispiele dessen, was sie für religiöse Symbole halten und zweitens geben sie vor, dass diese drei Dinge in- folgedessen auf gleiche Weise zu behandeln seien. Aber die Frage, was ein Kopftuch ist, und mit welchen anderen Dingen es in welcher praktischen Hinsicht gleich ist, lässt sich nicht aus der abstrakten Wortklauberei beantworten. Die Wahrheit ist immer konkret: einige Frauen in der Schweiz verbinden das Tragen von Kopftüchern mit dem Bekenntnis zur eigenen Kultur und Familie und namentlich zur Religion. Andere gebrauchen das Kopftuch zur Tarnung, um Häuser zu unfrommen Zwecken zu betreten oder zu verlassen. Das Kopftuch ist heute Schutz gegen Kälte und morgen gegen Sonne, andernorts gegen Wüstensand und hier gegen die Bise, manchmal auch Schutz gegen lüsterne Männerblicke oder Neugierde. Auch wo jeder Schutzzweck entfällt, schmücken sich die Frauen vieler Kulturen mit Kopftüchern, die zur Frauengarderobe „gehören“, wenn man sich nicht auffallen will, man vergleiche die Rolle der Krawatte (inkl. Krawattenzwang) in der europäischen Männerbekleidung. Wer nun also kommt und schreit: „Das ist ein Religionssymbol!“, der lenkt die Antworten in eine vorbestimmte Richtung. Die Nennung von Kopftuch, Kreuz und Kippah in einem Atemzug dient der Verschleierung der Wahrheit. Was in Wahrheit ein imperialistischer Kreuz-zug gegen den Islam ist, wird als angebliche Frage der Trennung von Kirche und Staat im Schulunter- richt abgehandelt.

Law & Order:

Zu den wichtigsten politischen Trends der zurück- liegenden Jahre gehört die Tendenz der Bourgeoisie, den Handlungsspielraum der faschistischen Rechten sukzessive zu erweitern und die kom- munistischen und Arbeiterparteien zu krimina-

lisieren. Dieses Problem, auch das Auftreten der Faschisten am 1. August 2005 und die empören- de Komplizenschaft im Regierungslager sind der smartvote keine Frage wert, obwohl die „Rüt- lischande“ eine monatelange breite Diskussion ausgelöst hatte. Dafür werden nichtige Probleme hochgespielt, wie die Frage, ob die Kinder um 22 Uhr daheim sein sollen.

Regionalpolitik:

„2. Finden Sie es richtig, wenn im Rahmen von Re- strukturierungs- und Sparmassnahmen auch weitere Regionalspitäler geschlossen werden?“. Tendenziös ist der Verweis auf einen „Rahmen“, der „auch“ diese Angelegenheit als eine Frage des Sparens darstellt. Damit stellen sich die Autoren des Fra- gebogens einmal mehr auf den Standpunkt der Regierenden und suggerieren dem Laien, dass die Schliessung von öffentlichen Spitälern Einsparun- gen zur Folge haben würde. Nach aller Erfahrung wissen wir doch, dass das Gegenteil der Fall ist.

Sozial- und Familienpolitik:

„2. Befürworten Sie eine Kürzung der Leistungen, um die Arbeitslosenversicherung (ALV) sicherzustellen?“. Es fällt auf, dass die schlichte Sachfrage in ten- denziöser Weise erweitert wird durch eine Sinn- gebung für den Fall der Bejahung: auch innerhalb des smartvote-Fragenkatalogs ein einmaliges Vor- gehen. Abgesehen davon entbehrt der unterstellte Zusammenhang zwischen Leistungskürzung und Sicherstellung der ALV jeder sachlichen Grundla- ge.

Umwelt, Verkehrs, Energie:

Der Fragebogen muss auch anhand dessen beur- teilt werden, was darin fehlt. Der Brei, um den he- rum geredet wird, soll nun zur Sprache kommen. Alle Fragestellungen entlang der tatsächlich ent- scheidenden „Konfliktlinie“ des Klassenkampfes zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten werden tunlichst vermieden oder denn verwässert: So wundert es auch nicht, dass unter Kapitel Umwelt die höchst aktuelle und nahe liegende Frage nach Massnahmen gegen die Luftverpestung durch Die- selautos fehlt. Die Frage wäre wohl zu anrühlich, denn Diesel riecht nach Geld. Stattdessen werden wir auf Nebengeleise abgelenkt (autofreie Sonnta- ge und Wiederansiedelung des Luchses und dem- nächst wohl auch noch des Dinosauriers).

Wirtschaft:

„2. Soll ein flächendeckendes Poststellennetz nöti- genfalls durch Steuergelder erhalten werden?“. Auch diese Frage ist nicht neutral formuliert, („Soll ein flächendeckendes Poststellennetz erhalten blei- ben?“), und stiftet durch die Ergänzung („nöti- genfalls ... Steuergelder“) zusätzliche Verwirrung, jedenfalls bezogen auf die konkrete Situation, vor der wir im Kanton Bern stehen. Heute sehen sich

oberländische Gemeinden gezwungen, Steuermittel aufzuwerfen, damit ihre bundesseitig als „unrentabel“ eingestufte Dorfpost erhalten bleibt. Wie ist die Frage nun gemeint? Und wie wird sie verstanden? Die nationale Politik ist heute massgeblich bestimmt durch die vom Monopolkapital geführte Offensive zur verschärften Ausbeutung und Unterdrückung und den dagegen gerichteten wachsenden Widerstand der Werktätigen, angeführt von der organisierten Arbeiterklasse und den weiteren Lohnabhängigen. Zur Verschärfung der Ausbeutung nur eine einzige Frage herausgegriffen, und zwar die Frage: „4. Sollen die Ladenschlussvorschriften im Detailhandel vollständig aufgehoben werden?“. Wer just dieses Thema als Kriterium zur Messung der Übereinstimmung von wirtschaftspolitischen Meinungen herauspicks, der spekuliert doch offensichtlich darauf, dass viele nicht unmittelbar betroffene Lohnabhängige dieses Thema isoliert und einseitig von der Warte des Einkaufs her beurteilen, und dass sie infolgedessen bei der gleichen Antwort landen wie die neoliberalen Parteien und Politiker.

5. Zur Kritik der bürgerlichen Forschung:
Wir haben es mit keinem Einzelfall zu tun und werfen den Autoren von Konzept und Fragebogen keine Manipulationsabsichten vor. Der Vorwurf lautet: Sie sind im bürgerlichen Universitätsbetrieb befangen. Statt allseitig an alle Fragestellungen heranzugehen, richten die bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften (Soziologie, Politologie usw.) ihr Hauptaugenmerk einseitig auf das messbare „Verhalten“ von einzelnen Menschen oder von „Gruppen“ und „Schichten“, die je nach Bedarf mittels dieser oder jener Kombination von Merkmalen definiert werden. Es ist im universitären Forschungsbereich üblich, weit reichende Schlüsse aus der Übereinstimmung von Verhaltensmustern zu ziehen und dabei zu vergessen, dass das Verhalten nur die Oberfläche betrifft, wogegen die Ursachen und Zusammenhänge in ihrer Tiefe untersucht werden müssen. Das politische Bewusstsein bildet ein Ganzes, dessen Studium sich nicht durch Messung der statistischen Zusammenhänge zwischen materieller Umwelt (Reize) und Verhalten (Reaktionen) ersetzen lässt.

Pressecommuniqué der PdA Bern vom 26.01.06



unsere Kandidatinnen

★ Barbara Loosli ★ Christine Elsaesser ★ Roland Hemund ★ Serge Breitenmoser ★ Carolina Aragón ★ Canansu Kulusari ★ Roger Stettler ★ Dominik Aebersold ★ Beat Schneider ★ Anita Brassel ★ Christoph Stettler ★ Thomas Näf ★ Sadik Kulusari ★ Stefan Bolliger ★ Dominik Schrott ★ Rolf Zbinden ★ Stani Zimmermann ★ Laura Isabel Hostettler ★ Willi Egloff ★

Erfolge für die PdA und ihre Bündnispartner bei den Waadtländer Kommunalwahlen. Zahl der Legislativsitze um zwei Drittel gesteigert.

Die freisinnige und liberale Rechte schmilzt im Kanton Waadt. Die Linke in allen ihren Schattierungen hat im Umfange der soziologischen Umschichtungen vorwärts gemacht. Es ist noch zu früh abzuschätzen, wie weit dabei die erstmals mögliche Stimmabgabe der Migrantinnen und Migranten etwas dazu beigetragen hat. Jedenfalls war ihre Stimmbeteiligung in gewissen Städten höher als erwartet. Zum ersten Mal haben sich doppelte Linksmehrheiten, also in der Legislative wie in der Exekutive, in Städten wie Morges und Nyon bereits im ersten Wahlgang ergeben. Solche Mehrheiten wird es im zweiten Wahlgang noch weitere geben.

Die «Linke der Linken», die rund um die PdA lokal mit verschiedenen Bezeichnungen auftritt («A Gauche toute», «POP & Gauche en mouvement», solidaritéS, Fourmis rouges, Solidarité et écologie), macht breite Fortschritte in den Gemeindelegislativen. Die Zahl ihrer Vertreterinnen und Vertreter in den Gemeindeparlamenten hat sich bei diesen Wahlen von 39 auf ungefähr 60 erhöht, also um zwei Drittel!

Die grössten Fortschritte machte die kämpferische Linke in den Gemeindeparlamenten von Renens (+4), Lausanne(+2), Morges (+7), Aigle (+4 Sitze). Die PdA wird mit ihrem Bündnis auch in den Legislativen von Bussigny, Grandson und Chavornay vertreten sein. In Yverdon konnte das Erscheinen der Grünen auf der Bildfläche die PdA-Liste «Solidarité et écologie» nicht am Überspringen des Quorums hindern. Einziger schwarzer Punkt: Die PdA und solidaritéS – sie traten unter der Bezeichnung «A gauche toute!» an – haben den Einzug in die Legislative von Vevey nicht geschafft.

In den Exekutiven ist es in Renens «Fourmi rouge» gelungen, PdA-Nationalrätin Marianne Huguenin mit 40 Prozent an die Spitze zu bringen. Im 2. Wahlgang dürfte Fourmi rouge mit Jacques Depallens einen 2. Sitz zu erobern, und Marianne Huguenin wird wohl in die Syndicature einziehen. In Nyon ist es der PdA gelungen, ihren Kandidaten Claude Dupertuis bereits im ersten Wahlgang

durchzubringen. In den Städten Prilly, Lausanne und Yverdon laufen die Gespräche zwischen SP, Grünen und PdA mit dem Ziel, im 2. Wahlgang für die Exekutiven mit einer gemeinsamen Liste gegen die Rechte anzutreten.

Diese Resultate belegen, dass sich die «Linke in der Linken», geeint und offen, in das politische Leben des Waadtlandes einpflanzt. Sie stellt eine Hoffnung für jenen Teil der Bevölkerung dar, der in seiner sozialen Situation von ausserordentlichen Härten betroffen ist.

Bei den Kantonalwahlen im nächsten Jahr ist die Eroberung einer doppelten Linksmehrheit, im Grossen Rat wie im Regierungsrat, in Griffnähe gerückt. Die PdA wird ihren Partnerinnen der Linken vorschlagen, schon jetzt eine konkrete Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen der Allianz zu schaffen.

Communiqué der PdA Waadt (POP & Gauche en mouvement) vom 13.3.2006

Elektoraler Putschversuch der Opposition in Venezuela

Anfang Dezember vergangenen Jahres wurde die venezolanische Nationalversammlung neu gewählt. Die Ereignisse, welche sich um den Wahltermin, den 4. Dezember 2005, zugetragen haben, lassen sich nahtlos in die Sabotageaktionen der Opposition in den letzten paar Jahren einordnen. Der 1998 gewählte Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela, Hugo R. Chávez Frías, wurde im April 2002 für einige Tage von Teilen der Armee und dem CIA weggeputscht. Danach, um den Jahreswechsel 02/03, gab es einen Streik, bei welchem der gelbe Gewerkschaftsbund CTV mit dem Arbeitgeberverband Fedecámaras zusammenspannte und der eigentlich eine Aussperrung war. Diese Aktion hat die Wirtschaft Venezuelas, v.a. das Erdölgeschäft, welches den Grundpfeiler der venezolanischen Ökonomie darstellt, massiv beeinträchtigt. Am liebsten hätte das venezolanische Establishment die staatliche Erdölgesellschaft PdVSA (Petróleos de Venezuela S.A.) privatisiert und an US-Konzerne verschachert. Dazu kam es nicht, da die Firmenführung ausgewechselt wurde. Nicht zu vergessen auch, dass immer wieder Pläne zur Ermordung Chávez' aufgedeckt werden und die USA ihre Absichten nicht verheimlichen, ihn trotz demokratischen Wahlen loswerden zu wollen.

Eine Woche vor dem Wahltermin zogen sich die drei Oppositionsparteien Acción Democrática

(Demokratische Aktion, sozialdemokratisch), Copei (Christdemokraten) und Proyecto Venezuela (Projekt Venezuela) zurück. Die rechtsgerichtete, relativ neue Gruppierung Primero Justicia (Zuerst Gerechtigkeit) wartete zuerst noch zu, da ihr laut Umfragen das beste Ergebnis der Oppositionsparteien vorausgesagt wurde, schloss sich dann aber dem Wahlboykott an. Ihr wurden 15 Prozent der Stimmen vorhergesagt, mit denen sie weit vor den ehemaligen Regierungsparteien AD (4%) und Copei (noch weniger) gestanden hätte. Mit einem Verlust von 30 Sitzen (vorher 79) hätte die Opposition rechnen müssen, welche das erste Mal auf gemeinsamen Listen kandidierte. Der Boykott der Oppositionsparteien an den nationalen Parlamentswahlen wurde einerseits mit einer Dominanz des Regierungslagers über die Wahlbehörde, den Nationalen Wahlrat, begründet, da in diesem Fünfergremium vier regierungsnahen Personen sitzen. Die Kritik an den Wahlcomputern, welche die geheime Wahl nicht gewährleisten sollten, wurde umgehend erhört, und die Wahlmaschinen, die zur Vermeidung der doppelten Stimabgabe Fingerabdrücke verlangten, kamen nicht zum Einsatz. Trotzdem hielten die Oppositionsparteien an ihrem Demokratieboykott fest, Copei verlangte die Verschiebung der Wahl. Lediglich 566 von 5116 BewerberInnen haben sich aber von der Wahl zurückgezogen (ca. 11%) und nur gerade einmal 6 von 446 politischen Organisationen (1.35%).

«Die alten Parteien sind schon tot, vielleicht akzeptieren sie es ja im Innersten ihrer Seele, im Unterbewusstsein, und haben deshalb so gehandelt. Sie haben ihren Tod beschleunigt, um in die Annalen der politischen Geschichte einzugehen und neuen Leuten, neuen Ideen Platz zu machen.»

Hugo Chávez

Aufgrund der Perspektivlosigkeit der Wahl für die Opposition, die faktisch ein Verschwinden für sie bedeutet hätte, war die Abstinenz praktisch die einzige Möglichkeit der Oppositionsparteien, im Gespräch zu bleiben und ihre Putschpolitik fortzusetzen. Dies bietet ihnen auch die Möglichkeit, die Regierung als diktatorisch abzutun, den Staat als Einparteiensstaat zu diffamieren usw. Doch Venezuela ist weit davon entfernt, ist demokratischer denn je. In den letzten 7 Jahren haben 11 Wahlen und Abstimmungen stattgefunden. Kürzlich hat Ken Livingstone, der linke Bürgermeister von London und Labour-Mitglied, Venezuela gar als eines der demokratischsten Länder der Welt bezeichnet, wie er in der britischen Tageszeitung ‚Morning Star‘ verlauten liess. Die Boykottklärung der Oppositionellen ist also eher eine Bankrotterklärung.

Die Wahl wurde von insgesamt 400 VertreterInnen der EU, der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und anderen Organisationen beobachtet. Sie bestätigten den fairen und demokratischen Verlauf der Wahlen. Als Wermutstropfen kann die tiefe Wahlbeteiligung von 25 Prozent gesehen werden. Vergleicht man diese z.B. mit den Regierungsratswahlen im Kanton Bern, lag die Beteiligung auch nur bei 28 Prozent, ohne vorausgehende Boykottandrohungen. Die Legitimität der Gewählten wurde hier jedoch nicht ansatzweise in Frage gestellt.

Wahlen in die Venezolanische Nationalversammlung 2005		
Jahr	00	05
Bloque Parlamentario del Cambio	86	
MVR (Movimiento V. Rep., li.nat)	69	119
PPT/Podemos/Abre Brecha	09	09/19/-
CONIVE (Indígenas)	03	02
UPV (Unión Popular Venezolana, li.nat)	01	01
Puama (Pueblo Unido Multiétnico de Amazonas, indigenistisch)	01	01
Oire/Arpa/ Soberanía Venezolana	03	
PCV (Partido Comunista de Venezuela)		07
Verschiedene		09
Bloque por la Autonomía Parlamentario	79	
AD (Acción Democrática, soz.dem/pop)	23	Boykott
MAS (Movimiento al Socialismo, li.soz)	11	
Copei (Christdemokraten)	06	Boykott
Primera Justicia (liberal-konservativ)	05	Boykott
Polo Democrático/Solidaridad /OFM/Transparencia	12	
LCR (La Causa Radical, linkssozialistisch)	03	
Proyecto Venezuela (rechts)	07	Boykott
Renacer		Boykott
Verschiedene	12	

Neben der Ausmarchung der 167 nationalen Parlamentssitze wurden in Venezuela auch die Abgeordneten für das lateinamerikanische und das Andenparlament gewählt. Nach Medienberichten verlief der Abstimmungstag ohne Zwischenfälle. Im von der Opposition regierten Bundesstaat Zulia wurden jedoch mehrere Personen festgenommen, die Sprengstoff auf sich trugen. Es gab Anschläge auf eine Ölpipeline und auf Stromleitungen, welche Stromausfälle zur Folge hatten.

Die Regierungspartei MVR (Bewegung Fünfte Republik) hat zwar die anvisierte Dreiviertelmehrheit verfehlt, schaffte aber eine Zweidrittelsmehrheit locker. Mit dieser wird es möglich sein, die Verfassung zu ändern, und es wird vorausgesagt, dass die Wiederwählbarkeit des Staatschefs auf mindestens vier (heute zwei) Amtszeiten von sechs Jahren verlängert werden soll. Vor allem im Hinblick auf die nächsten Präsidentschaftswahlen, wo der MAS (Bewegung zum Sozialismus) sich überlegt, Chávez von links anzugreifen, wird es interessant werden, da auf der anderen Seite die zerstrittene und zersplitterte Opposition entweder keinen ernstzunehmenden Kandidierenden aufstellen oder wieder ganz den Wahlen fernbleiben wird.

Nach dem Streik ist vor dem Streik ist mitten im Kampf

**Donnerstag 6. April 19:30
Casa D'italia, Bühelstrasse 57
Veranstaltung mit Arbeiterinnen des Werks La Boillat**

Der lange Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter von La Boillat in Reconvilier war mehr als ein Kampf um die Verteilung der Brosamen vom Tisch der Unternehmer, mehr auch als ein Farbtupfer in der grauen Einöde helvetischer Konkordanz. Die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter haben dem Management, dem Verwaltungsrat und den Aktionären das Recht abgesprochen, selbstherrlich über das Schicksal derjenigen zu verfügen, die als „Arbeitnehmer“ gehandelt werden.

Die Unternehmer und die bürgerlichen Medien haben das sehr gut begriffen: Das war doch der Klassenkampf, dessen Namen niemand mehr in den Mund zu nehmen wagt! Nur so ist das konzertierte Verwirrspiel aus Desinformation und Drohungen gegenüber den Streikenden und ihren Strukturen zu verstehen: Wer die Allmacht des Kapitals in Frage zu stellen wagt, verhält sich illegal und hat



sich die Straffaktionen des Unternehmertums selber zuzuschreiben – parier oder krepier!

Die Arbeiterinnen und Arbeiter von La Boillat liessen sich nicht einschüchtern, die Wiederaufnahme der Arbeit bedeutet weder Resignation noch Kapitulation – sie ist Teil des Kampfes. Lernen wir von ihren Erfahrungen, leben wir Solidarität, bereiten wir den Angriff als Teil der weltweiten antikapitalistischen Bewegung vor.

unser Abendspaziergangstransi



PDA PARTEI DER ARBEIT BERN

**SIE HABEN
DIE WAHL!**



GROSSRATSWAHL 9. APRIL 06

**BERN
PDA**

LISTE 14
★